

**Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen**

**Protokoll**

37. Sitzung (nicht öffentlich)

01. September 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.40 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Schultz (SPD)

Stenograph: Scheidel

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Künftige Nutzung des Ständehauses**

2

Der Ausschuß nimmt einen Bericht des Finanzministeriums entgegen, der in der anschließenden Diskussion erörtert wird.

**2 Prüfungsfeststellungen 25 bis 27 und 29 des Landesrechnungshofs im Jahresbericht über die Ergebnisse der Prüfungen im Geschäftsjahr 1992/93**

Drucksache 11/5621

7

Der Ausschuß behandelt die Prüfungsfeststellungen 25 und 29.  
Zur Prüfungsfeststellung 26 besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Die Prüfungsfeststellung 27 soll in einer der nächsten Sitzungen erörtert werden.

**3 Aufstockung der Haushaltsansätze für die Stadterneuerung durch das Nachtragshaushaltsgesetz 1993**

Drucksache 11/5510

28

Der Ausschuß wird eine Übersicht der mit den aufgestockten Mitteln finanzierten Maßnahmen erhalten, sobald sie vom Haushaltsgesetzgeber freigegeben worden sind.

**4 Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz**

28

Die Ministerin informiert den Ausschuß über den derzeitigen Sachstand.

**5 Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD  
Drucksache 11/5485

Zuschriften 11/2629 und 11/2660

29

Der Ausschuß verständigt sich darauf, keine Vorschläge an den federführenden Ausschuß weiterzugeben.

**6 Obdachlosigkeit in NRW bekämpfen!**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/4294

Vorlage 11/2032  
Ausschußprotokoll 11/717

30

Der Ausschuß wird sich im Oktober auf der Grundlage des dann vorliegenden Zwischenberichtes der zu diesem Thema eingesetzten interministeriellen Arbeitsgruppe erneut mit dem Thema auseinandersetzen.

**7 Verschiedenes**

30

- a) Terminplanung 1994
- b) Bauordnung

-----



**Ministerin für Bauen und Wohnen Brusis** merkt an, auch sie empfinde die Regelung als nicht vorteilhaft, und zwar für Mieter und Vermieter. Eine klare gesetzliche Regelung zum Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wäre besser gewesen.

## **5 Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD  
Drucksache 11/5485

Zuschriften 11/2629 und 11/2660

**Abgeordneter Zellnig (CDU)** beantragt eine Vertagung der Diskussion, um die Ergebnisse einer Anhörung im Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz (33. Sitzung - APr Nr. 11/952) einbeziehen zu können. Die Entscheidung könne im Oktober während der Plenarsitzung gefällt werden.

**Abgeordneter Kuhl (F.D.P.)** teilt mit, aus der Anhörung sei deutlich geworden, daß über den Gesetzentwurf hinaus erheblicher Diskussionsbedarf bestehe. Er schließe sich dem Antrag des Abgeordneten Zellnig an. - Diesem Votum folgt auch **Abgeordnete Nacken (GRÜNE)**.

Die Stellungnahmen zu diesem Thema, legt **Abgeordneter Wolf (SPD)** dar, zeigten ein breites Spektrum an pro und contra. Seine Fraktion werde noch einen Änderungsantrag einbringen.

Der Ausschuß verständigt sich darauf, keine Vorschläge an den federführenden Ausschuß weiterzugeben.